

Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der Deutsche Lufthansa AG am 10. Mai 2022

Zu Tagesordnungspunkt 2: Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2021

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, den Mitgliedern des Vorstands die Entlastung zu verweigern.

Begründung:

Der Vorstand der Lufthansa AG kommt weiterhin nicht hinreichend seiner Verantwortung nach, wirksamere Maßnahmen für den Klimaschutz umzusetzen. Die Klimaschutzstrategie der Lufthansa ist eine einzige unsichere Wette darauf, dass es mit nachhaltigen Kraftstoffen für die Luftfahrt schon irgendwie klappen wird.

Abhängigkeit von fossilen Kraftstoffen: 20 Prozent mehr CO₂-Emissionen

Die Lufthansa ist weiterhin hauptsächlich auf fossile Kraftstoffe angewiesen, die Klimaschutzbemühungen können daher nicht glaubwürdig mit den Wachstumszielen vereint werden. So stiegen 2021 die CO₂-Emissionen der Lufthansa-Flugzeuge um 20 Prozent auf 13,7 Mio. Tonnen. Der Vorstand muss dringend transparent und nachvollziehbar darlegen, wie genau die konzerneigenen Klimaziele hin zu Klimaneutralität erreicht werden sollen, ohne dabei maßgeblich auf fragwürdige Kompensationssysteme bzw. Offsetting angewiesen zu sein. Solche Projekte haben häufig negative Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung oder die Natur, sind also nicht nachhaltig.

Wenn die Lufthansa ihre eigenen Klimaziele ernst nimmt, kann sie nicht weiter auf generelles Wachstum setzen. Es braucht einen Fokus auf diejenigen (Langstrecken-)Flüge, die nicht mit klimafreundlicheren Transportmitteln ersetzt werden können. Es braucht enge Kooperationen mit Bahngesellschaften und Anreize, Züge statt Flüge zu wählen. Das „Miles & More“-Programm setzt jedoch den genau gegenteiligen Anreiz.

Lobbyarbeit gegen effektiven Klimaschutz: Lufthansa will EU-Klimaschutzpläne massiv abschwächen

Die Organisation Transport & Environment (T&E) hat jüngst offengelegt, wie die Lufthansa gezielt versucht, die Klimapläne der Europäischen Union für den Luftverkehrssektor abzuschwächen. Ganze 67 Prozent der Emissionen des Sektors würden unberücksichtigt bleiben. Konkret geht es um die Klimaziele der EU für den Luftverkehr sowie den Vorschlag der EU-Kommission für nachhaltige Flugkraftstoffe (ReFuelEU). Die Lufthansa hätte es gerne, dass Pläne für Kraftstoffvorgaben nur bei Flügen innerhalb der EU gelten sollen und damit gleich zwei Drittel aller Flüge, die in der EU starten, nicht beachtet würden – dabei tragen die Emissionen von Flügen mit Zielen außerhalb der EU ja nicht etwa weniger zur Klimakrise bei.

Diese klimaschädliche Lobbyarbeit geht entweder direkt von der Lufthansa oder von dem Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) aus, dessen führendes Mitglied die Lufthansa ist. T&E zeigt in einer Studie, wie entsprechende Positionen der Lufthansa in Änderungsanträgen im Europäischen Parlament auftauchen.

